

Die «Muigge» unterwandern Nidwalden

Nidwalden Der Beginn der Iheimisch ist zugleich auch der Startschuss der Spiel-App Sqwiss im Kanton. An gut 300 Orten im Kanton werden digitale Murmeltiere aus ihren Löchern springen, um Kultur und Geschichte auf spielerische Art zu erklären.

Simon Mathis
simon.mathis@luzernerzeitung.ch

Fleissig graben sie ein Tunnel-system unter der Schweiz. Wenn sich an der Oberfläche etwas Spannendes befindet, springen sie aus ihren Löchern, stellen den Menschen vorwitzige Fragen und bringen ihnen so Kultur und Geschichte der Schweiz näher. Die Rede ist von den virtuellen Murmeltierchen der App Sqwiss, die



Noch 6 Tage

2018 in Uri Premiere feierte. Bald haben die «Muigge» nun auch Nidwalden erschlossen. Zu Beginn der Iheimisch werden 150 Löcher im Kanton auftauchen, später soll sich die Zahl verdoppeln. Auch auf dem Ausstellungsgelände wird es 30 Löcher zu erkunden geben.

Erst die Urschweiz, dann das ganze Land

Am Mittwoch stellten die Sqwiss-Macher Simon Baumann und Martin Weiss ihren Stand in der Natur- und Erlebniswelt auf. Mit im Gepäck hatten sie einen Mungg-Pappkameraden. Dieser dürfte sich allerdings etwas einsam fühlen, denn alle seine Kameraden existieren nur digital. Die App nutzt das Pokémon-



Simon Baumann (links) und Martin Weiss geleiten ihren Sqwiss-«Muigge» zur Iheimisch.

Bild: Manuela Jans-Koch (Buochs, 22. Mai 2019)

Prinzip: Per Augmented Reality werden die Tiere in die echte Szenerie versetzt – etwa vor das Winkelrieddenkmal oder beim Kreisel zwischen Oberdorf und Stans. Die «Muigge» zeigen sich den Smartphone-Nutzern nur dann, wenn sie tatsächlich vor Ort sind. Mit ihren Antworten können die Nutzer Punkte sammeln und sich in einer Bestenliste platzieren. Warum zieht es die «Muigge» von Uri nun ausge-

rechnet nach Nidwalden? «Wir haben in Seelisberg sehr viele Löcher gesetzt», erzählt Martin Weiss, der Erfinder der App. «Da lag der Schritt nach Nidwalden nahe.» In Nidwalden gebe es wahnsinnig viele kulturhistorische Schätze, die über das rein Touristische hinausgehen.

Nach Nidwalden sei Obwalden an der Reihe, dann will das Team mit Schwyz die Urkantone komplettieren. «Wir fangen in

der Urschweiz an, da hier auch sonst alles angefangen hat», sagt Weiss.

«Ich will es mit eigenen Augen sehen»

Ziel der «Muigge» sei es, die gesamte Schweiz zu untertunneln. Das könne aber noch zehn Jahre dauern. Nach den drei Urkantonen steht der Kanton Luzern weit oben auf der Liste: «Luzern ist der Traum der «Muiggen», sagt

Weiss. Dort werden sie nächstes Jahr mit Buddeln beginnen.

Simon Baumann, der als «Herr der Löcher» für die Verwaltung, das Technische und das Setzen der Spots verantwortlich ist, kann im Prinzip überall auf der Welt Löcher für die «Muigge» machen – zum Beispiel vor dem Weissen Haus. «Die Orte, an denen «Muiggen» auftauchen, habe ich alle selbst besucht. Ich will das mit eigenen

Augen gesehen haben», sagt Martin Weiss.

Nach seinen Recherchetechniken gefragt, holt Weiss einen dicken Stapel Blätter hervor, vollgepackt mit Infos zu Nidwaldner Orten. Die Recherche für den Kanton dauerte etwa ein halbes Jahr: Weiss forscht im Internet und Staatsarchiv, erkundigt sich immer auch bei Experten. Gleich zweimal besuchte Weiss eine Dorfführung durch Stans.

Heikle Grenzfälle

Journalist und Filmemacher Weiss hat Erfahrung mit diversen Medien. Die App Sqwiss basiert auf seinem Comic «Die Munggenstaler», auch für Globi hat er zweimal geschrieben. «Für mich macht das Medium keinen Unterschied», sagt Weiss. «Ich will spannende Geschichten erzählen, auf spielerische Art komplexe Inhalte vermitteln.»

Beim Setzen der Löcher entstehen manchmal unvorhergesehene Schwierigkeiten. Besonders die Grenzverläufe einzelner Gemeinden stellen eine Herausforderung dar. «Wolfenschiessen hat eine höchst ungewöhnliche Form», sagt Weiss. Da müsse man aufpassen, dass man nicht plötzlich im Obwaldner Terrain lande. «Das müssen wir genau abklären, wir wollen ja niemandem auf den Schlipps treten», so Weiss. Denn die «Muiggen» tragen auf der Brust jeweils das Wappen der Gemeinde, in der sie residieren.

Hinweis
Mehr Infos zur App finden Sie unter www.sqwiss.ch.

Höhere Vermögenssteuer als Zankapfel

Obwalden Das neue Steuerpaket gab am Donnerstag im Kantonsrat nicht mehr viel zu reden. Am uneinigsten war man sich bei der Frage, ob die Vermögenssteuer erhöht werden soll. Der Rat will das nicht, zumindest vorerst nicht.

Markus von Rotz
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch

Nach gut 90 Minuten war das Paket der Anpassungen im Steuergesetz (siehe Kasten) geschlüsselt. Der von allen politischen Lagern gelobte Kompromiss, die Steuern nur für vier Jahre zu erhöhen und dann etwas zu senken, war erst in der zweiten Sitzung der Kommission zustande gekommen. Deren Präsident Branko Balaban (FDP, Sarnen) sprach von einer «Quadratur des Kreises: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und brauchen auch neue Mittel.»

Dieses Quadrat überzeugte auch die SVP. «Mit einer Steuererhöhung kommt bei uns keine Euphorie auf, aber wir müssen nun dem Volk eine gangbare Lösung präsentieren», sagte Sprecher Ivo Herzog (Alpnach). Massgebend seien für sie das Ja zur Staf-Vorlage vom vergangenen Sonntag, die gegenüber 2017

«massiv» abgespeckte Steuererhöhung und deren Befristung. SVP, CVP und FDP waren einstimmig dafür, aufs Geschäft einzutreten. Es sei «wie so oft ein gut schweizerischer Kompromiss, aber trotzdem kann die erfolgreiche Steuerstrategie weitergeführt werden», meinte etwa André Windlin (FDP, Kerns). Der Kanton bleibe für Unternehmen «weiterhin attraktiv» (Markus Ettl, CVP, Kerns), die Regierung gehe davon aus, «dass wir damit auch neue kapitalkräftige Unternehmen anziehen können» (Finanzdirektorin Maya Büchi). Der neue Steuerfuss und die Befristung gaben nichts zu reden.

Die Angst vor möglicher Opposition

Kontrovers wurde es dann bei der Frage, ob die Vermögenssteuer erhöht werden soll. Für die CSP sei dies «unabdingbar» für ein Ja zur Vorlage (Walter Wyrsch, Alpnach). Mit Blick auf Abstimmun-

gen in anderen Kantonen möchte er daran erinnern, dass «es in Land und Volk eine Art von Gerechtigkeitsempfinden gibt». Die SP beantragte eine Erhöhung von 0,2 auf 0,23 Promille. Die kürzlich publizierte BAK-Studie zeige «klar, dass wir unser Steuerpotenzial zu wenig nutzen, aber bei Bildung und Löhnen sparen». Es brauche diese Erhöhung, Obwalden bleibe trotzdem ein «Tiefststeuernkanton mit unschlagbarer Lebensqualität», sagte Eva Morger (Sachseln).

Unterstützung für den Antrag gab es nur von der CSP. Gerade die Gutverdienenden hätten stark vom Flat-Rate-Tax-System des Kantons profitiert, sagte Leo Spichtig (Alpnach). Sympathie für das Anliegen aber hat auch die CVP. Sprecher Marcel Jöri (Alpnach) erinnerte daran, dass seine Partei selber mal 0,22 Promille wollte. Im Interesse einer mehrheitsfähigen Lösung könne man akzeptieren, dass die Regierung

dies nun nicht vorschläge. «Aber es ist uns bewusst, dass man diese Frage noch anschauen muss. Das ist nicht vom Tisch.»

Balaban betonte, dass 75 Prozent der Obwaldner steuerbares Vermögen hätten. Es bestehe also das Risiko, Gegner zu provozieren. Diese Angst teilten auch andere Redner. Peter Zwicky's Referendum habe am Sonntag über 4000 Stimmen erhalten. Es gebe auch bereits da und dort die Idee, eine Initiative zu lancieren. Mit 39:14 Stimmen lehnte der Rat den Erhöhungsantrag klar ab.

Die SP wollte ferner eine höhere Dividendenbesteuerung sowie einen Fahrkostenabzug von 8000 statt 10 000 Franken. Beide Anträge wurden ebenfalls klar abgelehnt. Bei den Dividenden waren es 38:13, beim Fahrkostenabzug 41:8 Stimmen. Die anderen Fraktionen stellten keine Änderungsanträge. Die Abstimmung über das Gesetz erfolgt nach zweiter Lesung.

Das ändert sich gemäss Willen des Kantonsrats

Nach den Beratungen des Obwaldner Kantonsrats sind dies die wichtigsten Änderungen im Steuergesetz, so wie es im Herbst vors Volk kommt:

- Die Einkommenssteuer wird von 2020 bis 2024 von heute 2,95 auf 3,25 Einheiten erhöht. Danach sinkt sie auf 3,15.
- Der bisher unbegrenzte Fahrkostenabzug wird auf 10 000 Franken beschränkt.
- Die Grundstückgewinnsteuer wird von 1,8 auf 2 Prozent des Grundstückgewinns erhöht.
- Gemeinden können beim Beschluss über das Budget neu einen Steuerrabatt für das entsprechende Jahr beschliessen.
- Von der Gewinnsteuer gehen neu je 48 Prozent an den Kanton (bisher 40) und die Gemeinden (bisher 54) sowie 4 Prozent an die Kirchgemeinden (bisher 6).

– Der Reingewinn aus Patenten und ähnlichen Rechten wird bei der Gewinnsteuer nur zu 10 Prozent in die Berechnung des Reingewinns einberechnet. Für Forschungs- und Entwicklungsaufwand sind weitere Abzüge in der Regel von maximal 50 Prozent möglich.

- Die Kapitalsteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sinkt von 2 auf 0,01 Promille des steuerbaren Eigenkapitals. Das gilt ab 50 000 Franken auch für Vereine, Stiftungen, Korporationen, Alpgenossenschaften und übrige juristische Personen.
- Online-Fristerstreckungsanträge für Steuern sind gratis, schriftliche kosten 30 Franken.
- Steuerfrei (damit wird zwingendes Bundesrecht übernommen) sind einzelne Lotteriegewinne bis zu einer Million Franken. (mvr)